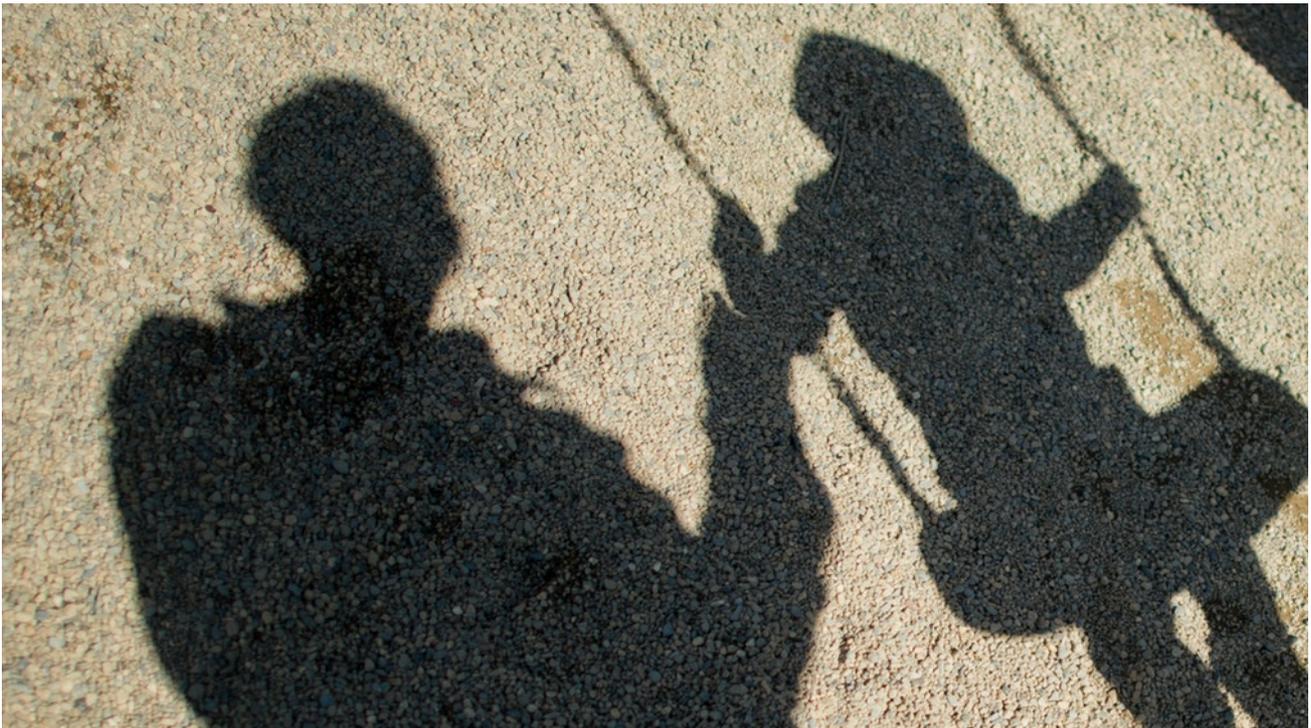


Berliner Missbrauchsskandal : Mächtiges Netzwerk der Pädophilen reicht weit in die Behörden

Jahrzehntlang wurden Pflegekinder in Berlin an Sexualstraftäter gegeben. Jetzt bestätigt ein Gutachten: Es hat viele Unterstützer und Mitwisser gegeben – in Jugendämtern, der Verwaltung, der Freien Universität und dem Max-Planck-Institut.

15.6.2020 - 15:57 , Annika Leister



Symbolbild

Foto: dpa/Julian Stratenschulte

Berlin Drei Jahrzehnte lang konnte der Sexualstraftäter Fritz H. als Pflegevater in Berlin ungestört mindestens neun Kinder missbrauchen und vergewaltigen. Vermittelt wurden ihm die oft erst sechs oder sieben Jahre alten Jungen von Berliner Jugendämtern, geschützt wurde H.

. Trotz einer Vorstrafe wegen Kindesmissbrauchs wählten die Jugendämter Fritz H. immer wieder als Pflegevater aus. Und trotz teils extremer Warnzeichen ließen sie die Kinder über Jahre bei ihm. Die ersten Pflegekinder kamen Anfang der 70er, die letzten verließen die Pflegestelle erst 2003 als junge Erwachsene. Sie sind schwer traumatisiert, ein normales Leben ist ihnen nicht möglich. Und manche überlebten gar nicht: Ein schwerbehinderter Junge starb in Fritz H.s Obhut. Akten der Jugendämter belegen das, sie liegen der Berliner Zeitung in Kopie vor.

[Missbrauchte Pflegekinder Der Kinderfänger von Berlin](#)

Die Opfer fordern Gerechtigkeit. Zwei von ihnen haben Klage gegen das Land erhoben. Sie wollen vom Gericht bestätigt bekommen, dass es sich bei dem jahrzehntelangen Missbrauch um

Missbrauch mit System handelt, der von Bildungsverwaltung und den Jugendämtern in den Bezirken toleriert und unterstützt wurde. Sie fordern Schmerzensgeld und Schadensersatz. Der rot-rot-grüne Senat aber verwehrte den Opfern bisher den Prozess – indem er ankündigte, eine sogenannte Einrede wegen Verjährung einlegen zu wollen.

Neues Kentler-Gutachten: „Kindeswohlgefährdung in öffentlicher Verantwortung“

Jetzt aber gibt es ein neues Gutachten zum Wirken des in Berlin so beliebten Päderasten-Gurus Helmut Kentler und zur Pflegestelle Fritz H. Beide Männer sind bereits verstorben, ohne dass ihnen je der Prozess gemacht wurde. Das neue Gutachten bestätigt die Perspektive der Opfer. Sein abschließendes Kapitel trägt die Überschrift: „Kindeswohlgefährdung in öffentlicher Verantwortung“. Der 57-seitige Bericht lässt außerdem erahnen, wie groß und mächtig das Netzwerk der Pädophilen in Berlin war, wie es sich auf das ganze Bundesgebiet ausdehnte – und wie wenig von all dem bis heute aufgeklärt ist.

Mehr als ein Jahr lang haben Experten der Universität Hildesheim die Akten untersucht, die der Senatsbildungsverwaltung schon immer vorlagen, die sie aber nie selbst untersuchte. Die Experten für Strukturen der Jugendhilfe und Kindesmissbrauch ziehen in ihrem Bericht das Fazit: In den Akten der Jugendämter Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg zur Pflegestelle Fritz H. „finden sich viele schwache und starke Signale“, die zu einer Beendigung der Pflegestelle hätten führen müssen und auf „Verfehlungen gegen die Vorschriften zur Pflegekinderhilfe“ hinweisen. Mehr als 50 Fachkräfte seien an der Fallführung beteiligt gewesen.

Das totale Versagen der Jugendhilfe war mehr als Versagen, befinden die Forscher. Ein zentrales Ergebnis ihrer Untersuchung sei, dass ein „Netzwerk von Akteuren in der Senatsverwaltung und Institutionen der Bildungsreformen während der Heimreform der 70er-Jahre die Einrichtung von Wohngemeinschaften und Pflegestellen bei pädophilen Männern nicht nur geduldet, sondern in der Fallverantwortung begleitet und verantwortet haben muss“, resümierte das Projektteam bei einer Pressekonferenz am Montag.

Es habe „ein Netzwerk quer durch die wissenschaftlichen pädagogischen Einrichtungen und die Senatsverwaltung bis hinein in einzelne Berliner Bezirksjugendämter“ gegeben, „in dem pädophile Positionen akzeptiert, gestützt und verteidigt wurden“. Explizit benennen die Forscher neben der Senatsverwaltung und den Jugendämtern dabei auch die Freie Universität, das Max-Planck-Institut, das inzwischen nicht mehr existente Pädagogische Zentrum in Berlin sowie das Pädagogische Seminar Göttingen. Auch Verbindungen zwischen der Senatsverwaltung und der Odenwaldschule seien nachweisbar, wo unter und von Schulleiter Gerold Becker Kinder über Jahrzehnte systematisch missbraucht wurden.

Berliner Jugendämter richteten Pflegestellen bei Pädophilen auch in anderen Bundesländern ein

Das Pädophilen-Netzwerk durchsetzte nicht nur Berliner Bildungsinstitutionen, sondern verzweigte sich ins ganze Land. Es gebe „deutliche Hinweise eines Betroffenen und von verschiedenen Zeitzeugen“, dass es auch außerhalb der Pflegestelle Fritz H. und außerhalb Berlins zu Kindeswohlgefährdungen in „Jugendwohneinrichtungen und Pflegestellen gekommen sein kann, die nach Jugendwohlfahrtsgesetz in der Verantwortung des (Berliner) Landesjugendamtes und von Berliner Bezirksjugendämtern eingerichtet wurden“. Diese Pflegestellen seien durch das Land

Berlin und dessen Jugendämter „nicht nur in West-Berlin, sondern im gesamten Bundesgebiet verantwortet und dort auch von lokalen Jugendämtern übernommen“ worden.

Auch diese Pflegestellen seien nicht auf die 70er-Jahre begrenzt gewesen. Die Forscher räumen auch mit einem anderen weit verbreiteten Irrtum auf: Es habe sich bei den pädophilen Pflegevätern nicht ausschließlich um „Hausmeister“ gehandelt, wie von Helmut Kentler mehrfach behauptet. „Die bisherigen Hinweise verdichten sich, dass es sich bei diesen Pflegestellen um alleinlebende, mitunter mächtige Männer (...) aus Wissenschaft, Forschungseinrichtungen und anderen pädagogischen Kontexten gehandelt hat.“

Kentler war mit Senatoren bekannt, verfasste Gutachten, beeinflusste die Politik

Prominenteste Figur im Netzwerk in Berlin war Sozialpädagogik-Professor Helmut Kentler. Er wurde in den 60er- und 70er-Jahren als Wegbereiter einer revolutionären, emanzipatorischen Sexualpädagogik gefeiert. Kentler forderte in seinen Fachpublikationen unter anderem Straffreiheit für Pädosexuelle und propagierte Sex mit Kindern als notwendigen Teil einer gesunden Sexualerziehung. In Berlin genoss Kentler großes Ansehen und hatte enormen Einfluss: Er war persönlich mit Senatoren und Politikern bekannt, verfasste im Auftrag des Senats Gutachten und war von 1966 bis 1974 Abteilungsleiter der Abteilung Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung beim Pädagogischen Zentrum.

Die Rolle des vom Berliner Senat eingerichteten Pädagogischen Zentrums heben die Forscher explizit hervor. Gegründet wurde die Institution im Februar 1965 unter dem Regierenden Bürgermeister und späteren Kanzler Willy Brandt (SPD) - der das Vorhaben laut den Hildesheimern Forschern stark unterstützte. Das Pädagogische Zentrum hatte explizit den Auftrag, Bildungs- und Sozialreformen anzuregen, sollte Theorie mit Praxis verknüpfen und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie dem Max-Planck-Institut neue Unterrichtsformen für das Land Berlin entwickeln.

Doch: So groß das Renommee und Budget des Pädagogischen Zentrums, so vage sei der Arbeitsauftrag formuliert gewesen, stellt die Hildesheimer Forschergruppe fest. Kentler wusste das perfekt für sich zu nutzen. Der Beginn des von ihm angestifteten, systematischen Kindesmissbrauchs in einer bis heute vollkommen unbekanntem Zahl von Pflegestellen wird in der aktuellen Forschung auf 1969/1970 datiert - und fällt damit genau in die Schaffenszeit Kentlers beim Pädagogischen Zentrum.

In Schreiben an die Senatsverwaltung, auch in schützenden Gutachten für den pädophilen Pflegevater Fritz H., betonte Kentler immer wieder seine Rolle als Experte, der mit der Praxis wohlbekannt sei. Aus Kentlers Stellung als Abteilungsdirektor beim Pädagogischen Zentrum habe sich dessen Reputation ergeben, so die Hildesheimer Forscher, die wiederum ein, wenn nicht der entscheidende Faktor gewesen sei, warum die Behörden das Leid der Kinder in der Pflegestelle H. komplett ignorierten.

Während vieles im Vagen und Unklaren liegt, ist die politische Verantwortung für das Pädagogische Zentrum eindeutig belegbar, auch das arbeiten die Forscher ausführlich heraus. Willy Brandt unterstellte das Zentrum damals als nachgeordnete Dienststelle direkt dem Schul- und Bildungsminister Carl-Heinz Evers (SPD); Mitspracherecht hatten laut den Forschern aber auch der Senator für Jugend und Sport – 1965 war das Kurt Neubauer (SPD) – und der Senator für Arbeit

und soziale Angelegenheiten – 1965 Kurt Exner (SPD). Dieser Dreiklang sei in den Akten „interessanterweise handschriftlich vermerkt“, bemerken die Hildesheimer Forscher. Im Laufe der Zeit wechselten die Senatoren und Parteien. Unbestreitbar aber sei: Das Pädagogische Zentrum sei „eindeutig“ als nachgeordnete Behörde des Senats ausgewiesen.

Wie viele Leben noch zerstört wurden, bleibt nach wie vor unklar

Wie viele Leben der Senat, Kentler und seine Freunde so noch zerstört haben? Wie viele Opfer und wie viele Täter es gibt? Wann und ob der systematische Missbrauch überhaupt endete? Wer der Junge war, der in Fritz H.s Obhut starb? Ob seine Familie je von seinem Tod erfahren hat?

All diese Fragen können die Hildesheimer Experten auch nach mehr als einem Jahr Recherche nicht beantworten. Immer wieder verweisen sie in ihrem 57-seitigen Bericht auf den weiterhin bestehenden massiven Aufklärungsbedarf. Ihre Schlussfolgerungen für diesen Bericht ziehen sie unter anderem aus dem Studium der Fallakten der Jugendämter, aus Gesprächen mit Zeitzeugen, auch aus den Behörden - und aus Gesprächen mit drei Betroffenen, zwei davon aus Fritz H.s Pflegestelle.

Die Hildesheimer Forschergruppe betont auf der Pressekonferenz die wichtige Rolle der bisher einzigen drei aussagebereiten Opfer des nach Schätzung der Experten riesigen Pädophilen-Netzwerks. Die nun vorliegenden Erkenntnisse seien vor allem den beiden Betroffenen Marco und Sven zu verdanken, die gerade gegen das Land klagen, „ihrem Mut und ihrer Hartnäckigkeit“.

Vier Jahre lang haben Marco und Sven bis zu diesem Punkt gekämpft. Sie haben ihre Traumata neu durchleben müssen, sie sind zeitweise beinahe darunter zusammengebrochen. Sie haben zuerst die Senatsbildungsverwaltung kontaktiert, dann einen Anwalt, sie haben schließlich auch die Medien angesprochen, um irgendwie Aufmerksamkeit zu erhalten für ihren Fall.

Betroffener Marco: „Da fehlen die Namen von denen, die noch verantwortlich sind.“

Für Marco und Sven ist der Bericht der Hildesheimer Forschergruppe wichtig. Ein weiteres Gutachten, das ihre Geschichte bestätigt. Doch es ist nicht das erste - und nichts, was in dem Bericht steht, ist für die beiden neu. „Wir haben all das ja gewusst, wir haben all das erlebt“, sagt Marco der Berliner Zeitung am Montag. Was ihn am meisten stört: „Da fehlen weiterhin die Namen. Die Namen von all denen, die noch verantwortlich sind.“

Auch die Forschungsgruppe empfiehlt dringend, dass weitergegraben wird. „Im Keller der Bildungsverwaltung liegen noch circa 1000 Akten, die noch nicht aufgearbeitet wurden“, sagt Wolfgang Schröder, Hildesheimer Experte für Jugendhilfe und Mitglied der Studiengruppe.

Wie aufgeschlossen die Bildungsverwaltung für weitere Studien in Bezug explizit auf die eigene Verantwortung ist, muss sich allerdings erst noch zeigen. SPD-Bildungssenatorin Sandra Scheeres betonte auf der Pressekonferenz am Montag: Der Skandal reiche „lange in die Vergangenheit zurück“ und sei für die Betroffenen doch nie vorbei. Fritz H.s Pflegestelle aber wurde erst 2003 geschlossen.

Das Netzwerk sei offenbar sehr groß, betonte Scheeres, man wolle jetzt auch unbedingt stärker mit Akteuren auf Bundesebene zusammenarbeiten und habe außerdem eine Untersuchung der aktuellen Jugendhilfe-Strukturen in Auftrag gegeben. Marco und Sven wolle der Senat nun, nach vier Jahren

Kampf, „Gespräche über eine finanzielle Entschädigung“ anbieten. Aber 1000 Akten öffnen?
Konzentriert die Rolle der eigenen Verwaltung und vielleicht auch der Berliner Parteien in diesem Netzwerk untersuchen? Davon sagte Scheeres nichts.

Marco und Sven aber wollen mehr. Auch wenn ihre Hoffnung nach all der Zeit nur noch klein ist. Sie fordern weiter eine komplette Aufarbeitung, tief hinein in die Berliner Behörden. Und Konsequenzen für die Angestellten, die für ihre Pflegestelle verantwortlich waren. Rentenkürzungen oder wenigstens ein Benennen ihrer persönlichen Schuld, sagt Marco. Sie haben eine Pressemitteilung aufgesetzt, mit zehn Forderungen an den Senat. Sie endet mit dem Satz: „Wer das Schweigen bricht, bricht die Macht der Täter.“

Quelle: <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/paedophile-missbrauch-berlin-pflegekinder-li.87610> / kopiert am: 27.6.2020